

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Betreiber keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breit. Pettzeile (Roffe's Zeilenmaß 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Verantrachtungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Verhältnissen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnia, Hauswalde, Dorn, Oberstein, Niederstein, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tshemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albersstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 49

Montag, den 27. Februar 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Im Sicherheitsausschuß formulierten der deutsche Vertreter noch einmal scharf den deutschen Standpunkt.
Am Sonnabend gegen 9 Uhr ereignete sich in der Grube „Hilberts“ der rheinischen Braunkohlewerte in Brüggen an der Ertz eine Explosion, bei der 4 Arbeiter getötet und 15 zum Teil schwer verletzt wurden. Unter den Verletzten befindet sich der Betriebsdirektor. Als Ursache wird Kohlenstaubexplosion angenommen.
Defilich der Ordnungs-Jeseln ist am Sonnabend der Walfischfänger „Southern Queen“ mit einem Eisberg zusammengestoßen und gesunken. Die an Bord befindlichen 107 Mann konnten gerettet werden. Das Fahrzeug hatte 20 700 Faß Walfischtran an Bord.
1900 Arbeiter der Kohlengrube Handlova (Slowakei) sind am Sonnabend nach Ablehnung ihrer Lohnforderungen in den Streik getreten. Auch in anderen slowakischen Bergwerken herrscht Streikgefahr.
Bei einem Übungsflyng in Frankreich stürzte ein Militärflugzeug über dem Meeresgebiet von Orly aus 50 Meter Höhe ab. Der Chespiot Guinet wurde sterbend unter den Trümmern geborgen. Sein Begleiter ist lebensgefährlich verletzt worden.
In dem Pariser Vorort Bagnot und in der Hauptstadt selbst kam es am Sonntag vormittag zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Mitgliedern der Patriotischen Jugend, bei denen 10 Mitglieder der Patriotischen Jugend und 15 Kommunisten verletzt wurden. Die Polizei verhaftete 4 Kommunisten.
Zu dem angekündigten Rücktritt des Marschalls Petain als Mitglied des Obersten Kriegsrates und seiner Ersetzung durch General Guillaumat von vertrauenswürdigster Seite erfährt, soll der schon öfters bekundete Beschluß Petains diesmal unwiderruflich und auf die gegenwärtig im Parlament zur Diskussion stehende Militärgesetze zurückzuführen.
Am Sonntag morgen hat das neue Rettungsschiff des Holländers Schuttevaer seine erste Probefahrt von Rotterdam nach Newyork angetreten.
Auf dem Wege nach Australien ging ein italienischer Dampfer unter. Man befürchtet, daß die gesamte Mannschaft ertrunken.
Bei dem höchsten polnischen Gericht liegen zur Zeit 1800 Klagen wegen Ungültigkeitserklärungen von Wahlen vor. Das Gericht arbeitet täglich in Doppelschichten, weil sonst die Möglichkeit besteht, daß die Klagen nicht mehr rechtzeitig vor den Wahlen erledigt werden können.
Wie die Blätter aus Jerusalem melden, ist in Jerusalem und auf den Höhen von Judäa in den letzten zwei Tagen viel Schnee gefallen. Wie ein Berliner Blatt aus Konstantinopel meldet, hat ein seit fünf Tagen anhaltender Schneesturm die Bahnverbindung zwischen der Türkei und Europa unterbrochen. Bei Tschatalja blieben die aus Konstantinopel etwa zehn Gepreßzüge im Schnee stecken. Ein von Stambul entlassener Hilfszug entgleiste. Die Telegraphenlinien waren zeitweise unterbrochen.

Steuerliche Erleichterungen für die Landwirtschaft.

Ein Anfang der Ausführung des Notprogramms der Reichsregierung.

In einem umfangreichen Erlass faßt der Reichsminister der Finanzen die maßgebenden Gesichtspunkte für die steuerliche Behandlung der Landwirtschaft zusammen. Er geht von den jüngst im Reichstag geltend gemachten Klagen über die schlechte Wirtschaftslage der Landwirtschaft aus und kommt zu dem Ergebnis, daß die Beschwerden über die steuerliche Belastung der Landwirte nicht in erster Linie die Reichsteuern treffen. — Der neue Erlass hat keine gesetzgebende Bedeutung, sondern enthält Maßnahmen, die der Reichsminister der Finanzen in eigener Zuständigkeit im Rahmen der Gesetze anordnen kann. Wenn es daher nicht viel ist, was er gibt, so kam es in erster Linie darauf an, schnell zu helfen. Doppelt gibt, wer schnell gibt. Die Angangnahme der schwerfälligen Gesetzgebungsmaschine zugunsten der Landwirtschaft muß den nächsten Tagen vorbehalten werden.
Allgemein schied der Minister voran, daß den Anträgen der Landwirte von Seiten der Finanzbehörden mit Wohlwollen begegnet wird. Andererseits ist darauf zu achten, daß dies Wohlwollen nur den wirklich notleidenden Steuerpflichtigen zugute kommt.
Es sind aus den Kreisen der Landwirtschaft vielfach Klagen darüber laut geworden, daß die Durchschnittsätze, mit denen die Einkommensteuer veranlagt werden, gegenüber dem Vorjahre vielfach bedeutend erhöht worden sind, obgleich der Ertrag an Menge und Güte sich nicht gehoben habe. Der Minister gibt diese Tatsache zu, gibt aber als Grund hierfür an, daß die Erträge mengenmäßig vielfach besser als im Vorjahre gewesen seien und daß die Erhöhungen nur da vorgenommen seien, wo sie im Vorjahre zu niedrig angesetzt gewesen seien. Auch sei die Erhöhung in der Presse und auf Tagungen vielfach übertrieben. Nur in wenigen Bezirken seien Erhöhungen vorgenommen, und hier auch nur um 10 bis 20 v. H., in ganz seltenen Fällen um 30 bis 40 v. H. Außerdem seien die Durchschnittsätze nur auf Normalfälle anzuwenden. Die Finanzämter könnten nach Lage

Die Südtiroler Frage vor der italienischen Kammer

Anfrage an Mussolini

Ungarns Lage in der Szent Gotthard-Affäre — Polen im Wahlfieber — Ostmark in Not — Bandenüberfall auf einen Zug in Chicago

Rom. In der italienischen Kammer wurde eine Anfrage eingebracht, in der die Anfragenden die Ansicht Mussolinis über „die unwürdige, haßerfüllte gegen Italien gerichtete Rundgebung des österreichischen Nationalrates und den schamlosen, lügenhaften Feldzug verantwortlicher Kreise Oesterreichs gegen die einfache Anwendung italienischer Gesetze in einer italienischen Provinz“ zu hören verlangen. Man erwartet, daß Mussolini auf die Anfrage anlässlich des Zusammentritts der Kammer antworten wird.
Inzwischen finden die Erklärungen Seipels auch in den italienischen Blättern eine starke Zurückweisung. „Giornale d'Italia“ meint u. a., daß die ewige Wiederholung der Angriffe gegen Südtirol nahezu lästig werde. Diese bildeten zwar keinen Grund zur Aufregung, schienen aber zu beweisen, daß nach Jugoslawien auch Oesterreich zu einem gleich aufgeregten Nachbarn Italiens werde. Die Welt habe keine Zeit, sich mit der Südtiroler Frage zu befassen. Indem Italien seine Pflicht ausübe, entspreche es den internationalen Verträgen. Aber es müsse auch daran erinnert werden, daß die Gebuld Italiens auch Grenzen habe. Die übrigen Blätter, wie die „Tribuna“ und die „Lavoro d'Italia“ befreiten vor allem, daß es eine deutsche Frage in Südtirol von internationalem Charakter gebe. Die „Tribuna“ meint sogar, über die deutsche Frage in Südtirol werde man bald in der Chronik lesen, weil Südtirol eine italienische Provinz sei, in der eine fremdstämmige Minderheit bestehe.

Ungarns Lage in der Szent Gotthard-Affäre

Budapest, 27. Februar. In heftigen politischen Kreisen erweckt es lebhaftes Genuß, daß das Einbrechen des Reichspräsidenten in der Szent Gotthard-Angelegenheit von der deutschen Presse fast einmütig abgelehnt wird. Zugleich fällt es hier sehr auf, daß die italienische Presse, die sich in dieser Angelegenheit seit Wochen in gleichgültiges Schweigen hüllte, nunmehr wie auf Kommando in scharfer Form für Ungarn Stellung nimmt. Man macht sich hier allerdings keine Illusionen, daß diese plötzliche Sinnesänderung Mussolinis etwa Ungarn zuliebe geschehe, sondern man ist der Ansicht, daß offenbar die Spannung mit Frankreich die Ursache dafür gibt. Solange Briand die Waffenschmuggelaffäre geringfügig behandelte, blieb Italien still. Nun, da bekannt wurde, daß das Telegramm des Präsidenten des Völkerbundes nach einer Besprechung mit Briand zustande gekommen ist, hält Mussolini den Zeitpunkt für gekommen, energisch für Ungarn einzutreten. — Im „Pester Lloyd“ äußert sich Graf Apponyi zu dem Schritt des Reichspräsidenten in der Szent Gotthard-Angelegenheit. Er glaube, daß man mit Rücksicht auf den ungarisch-rumänischen Avaraprozess, der in der Märztagung des Völkerbundes ebenfalls entschieden werden soll, Stimmung gegen Ungarn machen müsse. Vor allem hätte Politis, einer der Advokaten Rumäniens in diesem Prozeß, sich in sehr auffälliger Weise in die Waffenschmuggelangelegenheit gemischt. Graf Apponyi wendet sich an die französische öffentliche Meinung, von der er fordert, sie möge sich auf ihre Anhänglichkeit an die Friedensverträge erinnern und nicht mitwetterlich Maß messen, sondern die Forderung auf genaue Einhaltung der Verträge nach allen Seiten hin in gleicher Weise aufstellen, also auch die Einhaltung der Abrüstungsbestimmungen des Völkerbundes usw. strengstens verlangen. — Man ist der Ansicht, daß die österreichisch-italienische Verwicklung auf die Prag-er Reise Dr. Seipels zurückzuführen ist, da man in Rom augenblicklich eine österreichisch-italienisch-französische Annäherung als Ziel dieser Reise vermutet.

Polen im Wahlfieber

Warschau, 27. Februar. Der letzte Sonntag vor den polnischen Stichwahlen verlief ganz ruhig und ohne größere Zwischenfälle. Am Vormittag hielt Vizepremier Bartel in Wilna eine Propagandarede für die Regierung, die über sämtliche polnischen Radiolender, nicht ohne erhebliche technische Mängel, verbreitet wurde. In den Straßen Warschans hat ebenfalls die erste stärkere Wahlagitation eingesetzt, an der aber nur die Nationaldemokraten, daneben die Sozialisten und die Regierungspartei beteiligt sind. Von den ersteren wird eine sehr geschickte, auf die primitive Wählerschaft spezialisierte Wahlpropaganda getrieben mittels Wahlnummern, die an den Häuserfronten, an den Straßen, wo keine Reklame zu sehen ist, in Höhe des zweiten Stockwerkes angebracht werden und gleichzeitig in Millionen von Exemplaren in allen Häusern und Wohnungen verbreitet werden. Anderen in den letzten Tagen eingelaufenen Berichten zufolge soll mit einem weit stärkeren Erfolg der Nationalen Minderheiten zu rechnen sein als ursprünglich angenommen wurde. Besonders in den östlichen Minderheitsgebieten ist es deshalb bereits zu erheblichen Terrorakten gekommen. Ebenso stehen die offiziellen Kreise der polnischen Regierung der Aiste der Kommunisten und deren wahrscheinlich sehr starkem Erfolg mit großer Besorgnis gegenüber. Man rechnet damit, daß die Kommunisten, obwohl sie keine Propaganda machen dürfen, stärker als die Regierungsliste und sogar die Sozialisten aus dem Wahlpfampf hervorgehen werden.

Ostmark in Not.

Tagung des Ostauschusses der D. V. P.

Schneidemühl. Am Sonnabend und Sonntag tagte in Schneidemühl der Ostauschuß der Deutschen Volkspartei. Reichstagsabgeordneter von Kardorff sprach über die politische Lage und wies darauf hin, daß durch den Versailleser Vertrag gerade die deutsche Ostmark schwer geschädigt worden sei.

Der Osten sei die stärkste Stütze für Volk und Vaterland. Der Landwirtschaft im Osten gehe es heute schlechter als jeder anderen Landwirtschaft im Vaterlande. Deshalb wäre es ein Verbrechen an Volk und Vaterland, wenn man beim Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages eine Regelung treffen würde, die der Landwirtschaft zum Nachteil gereichen müßte.

Weiter sprach Abg. von Kardorff über außenpolitische Fragen und wies die Vorwürfe gegen die Außenpolitik, wie sie Dr. Stresemann und die Deutsche Volkspartei getrieben haben, zurück.

Auf die öffentliche Kundgebung vom Sonnabend folgten Sonntag vormittag die internen Beratungen. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Die Vertreter der Deutschen Volkspartei richten ihren Gruß an das deutsch-ostmärkische Volk diesseits und jenseits der gewalttätigen und widerrechtlich gezogenen Grenzen. Niemals wird das Deutschtum das Unrecht anerkennen, das im Versailleser Diktat an seinen Grenzen begangen wurde.“

Ostmarkentagung der D. V. P.

Stolp. Eine große Ostmarkentagung hielt die Deutsch-nationale Volkspartei in Stolp ab. Als erster Redner sprach der Vertreter der Handelskammer Köslin, Fabrikbesitzer Rischke (Stolp), der in seinem Referat auf die enge Verbundenheit der Landwirtschaft mit allen Zweigen des Wirtschaftslebens hinwies. Rittergutbesitzer von Biewitz-Kottow stellte fest, daß die ostpreussische Landwirtschaft durchschnittlich pro Hektar mit 400 Mark verschuldet ist.

Der Bauer habe in Ostpreußen ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 700 Mark.

In seiner nun folgenden Rede ging Graf Westarp zunächst auf die parlamentarische Lage ein, vor allem auf die Gründe, die zum Zerfall der Koalition führten. Zum landwirtschaftlichen Teil des Notprogramms sagte er, daß die Deutsch-nationale Volkspartei auf dem Standpunkt stehe, daß es sich bei den vorgesehenen Maßnahmen nicht um eine Abschlagszahlung, sondern um den Anfang einer großen Zukunftsaktion handeln werde. Ferner müsse vollständige Umstellung unserer Handelspolitik gefordert werden.

Manöver der Papiertanks vor König Amanullah.

In Döberitz hatte König Amanullah Gelegenheit, die deutsche Wehrmacht kennenzulernen. Meistlich führten die Truppen die Angriffsbewegung vor, es galt, einen Hügel zu stürmen bzw. zu verteidigen. Der König von Afghanistan verfolgte die Übung, bei der auch Vernebelung angewandt wurde, sichtlich mit großem Interesse. Auch der anschließenden Kritik wohnte der König von Afghanistan bei. Bei dieser Gelegenheit nahm auch Hindenburg ganz kurz das Wort, um sich der Ansicht über die gute Haltung der Truppe anzuschließen. Großen Eindruck machte es dem König, zu sehen, daß Deutschland tatsächlich bis auf das allerletzte Maß abgerüstet ist.

Die Tanks, die bei der Übung verwendet wurden, waren nur — Papiermodelle.

Vielleicht wird sich der König, wenn ihm demnächst in England riesige Flottenmanöver mit großen und allergrößten Schlachtschiffen vorgeführt werden, dieser deutschen Papierwaffen erinnern und überall dort, wo er mit militärischem Pomp empfangen wird, ein Wort über Deutschlands völlige Entwaffnung finden.

Im Anschluß an die Truppenvorführungen besichtigte der König die Funkanlagen in Rauen.

Der offizielle Besuch des Königspaares fand mit einem Gala-Diner in der afghanischen Gesandtschaft seinen Abschluß, doch gedenkt der König noch einige Zeit in Deutschland zu bleiben und noch verschiedene Städte zu besuchen.

